



## Niederschrift

### über die Einwohnerversammlung der Gemeinde Ostseebad Laboe (LABOE/EV/01/2010) vom 10.11.2010

#### Anwesend:

##### Vorsitzende/r

Frau Karin Nickenig

##### Ca. 150 Bürger

##### Sachkundige/r

Herr Hammerich

(Gutachter Biotop-/Artenschutz)

Frau Heichen

(Gutachter Lärm)

Herr Kersig

(Planungsarchitekt)

Herr Kühle

(Stadtplaner)

Herr Stübinger

(Ing. Büro)

##### Presse

Frau Astrid Schmidt

##### Protokollführer/in

Herr Manfred Aßmann

#### Abwesend:

Beginn: 19:00 Uhr

Ende 21:55 Uhr

Ort, Raum: Feuerwehrhaus Laboe, Schwanenweg 7

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18.58 Uhr und begrüßt Herrn Aßmann von der Verwaltung für das Protokoll, Frau Schmidt von der Presse, die Herren Stübinger (Ing. Büro), Kühle (Stadtplaner) und Kersig (Planungsarchitekt) sowie die Gutachter, Herrn Heichen (Lärm) und Herrn Hammerich (Biotop/Artenschutz) sowie die etwa 120 anwesenden Laboer Bürger. Sie stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte.

Die Sitzung wird sogleich unterbrochen, da vor dem Raum noch etwa 30 Einwohner warten hereinzukommen. Nach Ausräumung der vorhandenen Tische wird die Sitzung um 19.07 Uhr mit jetzt etwa 150 Anwesenden fortgesetzt.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor, diese lautet damit wie folgt:

#### Tagesordnung:

#### Vorlagennummer:

#### - öffentliche Sitzung -

1. Bebauungsplan 39 (ehemals Vöge & Wiese)
2. Verkehrsentwicklungsplan
3. Hafenumfeldgestaltung / Rosengarten (Förderantrag)

4. Leuchtturmprojekt der Aktivregion Ostseeküste: "Spielerlebnisswelten"
5. Touristische Kooperation zwischen der Gemeinde Ostseebad Laboe und dem Tourismusverband Probstei
6. Projekt "Erlebnisraum Kieler Förde"
7. Eigenbetrieb der Gemeinde
8. Haushaltslage / Planungsvorhaben für den Haushalt 2011
9. Verschiedenes

### **- öffentliche Sitzung -**

#### **TO-Punkt 1:            Bebauungsplan 39 (ehemals Vöge & Wiese)**

Herr Stübinger stellt den derzeitigen Projektstand für den B-Plan 39 vor. Er beginnt mit einem historischen Rückblick, berichtet über lange bekannte Altlasten vom Chrom 6 im Boden, berichtet über das Gutachten zur Lärmemission, berichtet über die Auflagen der beteiligten Behörden, thematisiert die beabsichtigte zweigeschossige Bebauung, erläutert die aktuelle Planung, gibt Informationen zur GRZ und GFZ, zeigt die beabsichtigte Terrassierung der Gebäude und verschiedene Ansichten anhand einer Beamer-Präsentation (s. Anlage).

Herr Kühle stellt sich als Stadtplaner der Gemeinde vor. Seine Aufgabe ist es, den B-Plan zu erarbeiten. Er informiert über Gebäudehöhen, GRZ, die Gestaltung von Freiräumen und Verkehrsflächen, die Bebauungsdichte, die Behördenbeteiligung und erläutert das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren zur Aufstellung des B-Plans.

Frau Nickenig zitiert den Beschluss des Bau- und Umweltausschusses zum B-Plan 39 aus der 19. Sitzung:

„Der Bau- und Umweltausschuss fasst folgenden Grundsatzbeschluss über die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 39:

- Grundlage sind die vorgestellten Pläne (mit Änderung der falschen Angaben wie Geschossigkeit –2- und die Gebäudehöhe –Mittelwert- in der Hafestraße)
- Die Einfahrt der Tiefgarage ist auf Straßenhöhe anzupassen
- Für das Mischgebiet sollen gem. BauNVO bestimmte Gewerbe als Festsetzung ausgeschlossen werden
- Die Höhe der Gebäude ist auf Gebäudehöhe und nicht auf Firsthöhe festzulegen
- Die Berechnung der GFZ und GRZ ist vorzulegen
- Der Stellplatznachweis mit 2 Stellplätze pro Wohneinheit ist vorzulegen

Die Ergebnisse aus der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt werden als Grundlage für Festsetzungen im folgenden Aufstellungsverfahren des Bebauungsplanes Nr. 39 mit einfließen.“

Anschließend erhalten die Bürger Gelegenheit, Fragen zu stellen.

Im wesentlichen werden Fragen zur geplanten Gebäudehöhe, zur Gestaltung der Tiefgarage, zu Nebengelassen, zu Dachformen und zur Bauabsicherung von Nachbargebäuden gestellt, die durch Herrn Stübinger beantwortet werden.

Nochmals wird abschließend durch Herrn Kühle und Frau Nickenig darauf hingewiesen, dass die Bürger im Rahmen der heutigen Einwohnerversammlung über den Sachstand zum B-Plan 39 informiert werden sollen.

Die vorliegenden Gutachten können schon jetzt beim Amt Probstei eingesehen werden.

Nach Beschluss der Gemeindevertretung über den B-Plan 39 wird dieser für die Dauer eines Monats im Bauamt des Amtes Probstei öffentlich ausgelegt. Dort können alle Interessierten die Pläne und weitere dazu gehörende Unterlagen einsehen, Auskünfte erhalten und ihre Stellungnahme dazu abgeben.

## **TO-Punkt 2: Verkehrsentwicklungsplan**

Frau Nickenig erläutert die Zielsetzung des Verkehrsentwicklungsplanes, die einzelnen Untersuchungsinhalte und weiteren Schritte.

### **Aufgabenstellung Verkehrsentwicklungsplan**

#### **Ruhender Verkehr:**

- Parkraumbewertung
- Parkraumverlagerung, bedarfsorientierte Parkraumerweiterung
- Optimierung Parkleitbeschilderung

#### **Öffentlicher Verkehr:**

- Bewertung ÖPNV-Erschließung
- Prüfung Verlagerung/Umgestaltung ZOB
- Einrichtung Busshuttle-Service
- Saisonale Verkehrsführung

#### **Motorisierter Individualverkehr:**

- Verkehrsberuhigung in der Strandstraße
- Verkehrsverlagerung aus der Reventloustraße
- Flächendeckend Tempo 30-Zone
- Herstellung Südwestumfahrung über das Bundeswehrdepot

#### **Rad- und Fußverkehr:**

- Steigerung der Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität

### **Arbeitsprogramm Verkehrsentwicklungsplan**

- Ermittlung vorhandener Verkehrsstärken durch eigene Verkehrserhebung an den relevanten Knotenströmen und Zufahrtsstraßen
- Erhebung im ruhenden Verkehr für alle öffentlichen Parkflächen
- Ermittlung verkehrlicher Defizite
- Maßnahmen zur Beseitigung von bestehenden Defiziten

### **Maßnahmeempfehlung Verkehrsentwicklungsplan**

#### **Kurzfristige Maßnahmen:**

- Parkplatz „Marina“, Verbesserung der Parkleitbeschilderung
- Änderung der Parkleitbeschilderung „Strand/Ehrenmal“
- Zeitlich unbeschränkte Fußgängerzone in der Reventloustraße
- Zufahrt von der Reventloustraße in die Strandstraße zulassen

#### **Mittelfristige Maßnahmen**

- Optimierung der Parkplatzgliederung „Steinkampberg“ (+ 10 Plätze)
- Herstellung einer Brückenquerung an der Schiffswerft (+ 70 Parkstände)
- Erweiterung des öffentlichen Parkraums im Zuge der Straße Börn nördlich der Werft (+ 10 Plätze)
- Aufwertung des ZOB durch Umfeldgestaltung
- Sanierung und Erweiterung der Parkplatzanlage „Buerbag“ (+ 40 Plätze)
- Umgestaltung des Parkplatzes „Aukrog“

- Herstellen des Parkplatzes im Bereich „Wassersport“ mit Strandzugang (+ 100 Plätze)

#### **Langfristige Maßnahmen**

- Umgestaltung der Strandstraße im Bereich der Promenade
- Schaffen einer vollständigen Barrierefreiheit im Zentrum
- Herstellen eines Parkdecks im Steinkampberg

#### **Beratung des Verkehrsentwicklungsplans**

##### **Behandlung im Bauausschuss am 16.11.2010**

- Vorstellung, Beratung und Festlegung der weiteren Vorgehensweise
- Umsetzungsplan
- Realisierung entsprechend vorgegebener Prioritätenliste

### **TO-Punkt 3: Hafenumfeldgestaltung / Rosengarten (Förderantrag)**

Ziel der Hafenumfeldgestaltung ist die touristische Attraktivitätssteigerung. Frau Nickenig erläutert, dass die Umgestaltung förderfähig ist und der Förderbescheid erwartet wird.

#### Kosten:

Teilabschnitt Rosengarten	1.755.000,--
Teilabschnitt Hafenumfeld	1.400.000,--
Verteilt auf 2011 und 2012:	1,40 Mio. € in 2011/ 1,75 Mio. € in 2012

Anhand der Bilder der Bildpräsentation erläutert Frau Bürgermeisterin Nickenig die Umgestaltung. Die Bürger diskutieren das Vorhaben. Die Mehrheit der Bürger bewertet die Hafenumfeldgestaltung positiv.

### **TO-Punkt 4: Leuchtturmprojekt der Aktivregion Ostseeküste: "Spielerlebniswelten"**

Frau Nickenig erläutert das Leuchtturmprojekt Aktivregion Ostseeküste „Spielerlebniswelten“ anhand einer Bildpräsentation. Der Förderbescheid liegt vor. Für den Ausgabeansatz im Gemeindehaushalt wurde ein Sperrvermerk beschlossen.

#### **Konzept bestehend aus mehreren Spielerlebniswelten:**

- Forschungs-U-Boot
- Ostsee-Kletteraquarium
- Spiellandschaft „Meeresgrund“
- Schattensitzplatz
- Weitere Elemente zur Abrundung

Beantragte Gesamtkosten der Maßnahme	130.000 €
Nach Prüfung als angemessen erachtet	109.200 €
55 % Zuschuss	60.000 €
Eigenanteil	49.000 €

Bewilligungsdauer 31.12.2011

### **TO-Punkt 5: Touristische Kooperation zwischen der Gemeinde Ostseebad Laboe und dem Tourismusverband Probstei**

Die touristische Kooperation zwischen Ostseebad Laboe und TVP (Tourismusverband Probstei) besteht seit 1.1.2010 mit einer Mindestlaufzeit von 2 Jahren.

Ziel ist die Optimierung der touristischen Zusammenarbeit aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Professionalität zwischen Tourismusverband Probstei und der Gemeinde Ostseebad Laboe.

Motto: „Laboe braucht die Probstei und die Probstei braucht Laboe“

Die Eigenständigkeit beider Vertragspartner bleibt erhalten. Eine gemeinsame Leitung für Tourismusbetrieb und TVP wurde besetzt. Bessere und stärkere Verknüpfung der Angebote und Veranstaltungen. Steigerung des Wiedererkennungswertes der Partner.

## **TO-Punkt 6: Projekt "Erlebnisraum Kieler Förde"**

Frau Nickenig erläutert die Kooperationsvereinbarung für einen gemeinsamen Entwicklungsprozess für die Förderregion „Rahmenplan Kieler Förde“. Die 11 Gemeinden Noer, Schwedeneck, Strande, Schönkirchen, Mönkeberg, Heikendorf, Laboe, Stein, Wendtorf, Wisch, Schönberg haben darin erklärt, mit der Landeshauptstadt Kiel zusammenarbeiten und ein gemeinsames Leitbild für die Förderregion zu erarbeiten.

Frau Nickenig skizziert kurz die Themenschwerpunkte und Handlungsfelder:

**Querschnittsthemen:** demographischer Wandel, Klimawandel, die Förde und deren Ufer als verbindende Elemente, interkommunale Kooperation

**Lebensqualität/Naherholung:** Verbesserung Erreichbarkeit, Zugänglichkeit und Erlebbarkeit Förde-Ufer (z. B. Wegeleitsystem)

**Sport/Freizeit/Gesundheit/Infrastruktur:** Berücksichtigung der Anforderungen einer sich verändernden Gesellschaft, Aufwertung/Erweiterung der Angebote für Sport/Freizeit, Wassersport, Anpassung und Aufwertung der Infrastruktur, Ausweitung Fördeschiffahrt-Verkehr,

konkretes Projekt: Präsentation der gemeinsamen maritimen Geschichte

**Zeitziel:**

-Bis Winter 2011/2012 Erarbeitung regionales Leitbild

-Frühjahr 2012 Beschluss in den politischen Gremien Kiel und Umlandgemeinden

-Ab Sommer 2012: Wanderausstellung durch alle Kommunen und Weiterführung des Kooperationsprozesses

-Auffaktveranstaltung war am 9.11.2010 im Kieler Schloss

## **TO-Punkt 7: Eigenbetrieb der Gemeinde**

Frau Nickenig erläutert die seit dem 1.1.2010 umgesetzten personellen und organisatorischen Änderungen.

Der Eigenbetrieb hat 4 Betriebsteile:

	Werkleitung	Herr Thon
	Finanzen/Controlling	Frau Block
BT 1	Tourismus	Frau Simons
BT 2	Hafen	Herr Mattern
BT 3	Meerwasserschwimmhalle	Herr Hegewald
BT 4	Bauhof	Herr Göttisch

Die Bürgerin Beelert stellt folgende Anträge:

1. Der Nichtraucherchutz am Kurstrand soll verbessert werden.

Der Antrag wird mit Mehrheit abgelehnt.

2. Die Konzertdichte und Lautstärke in der Musikmuschel soll reduziert werden.

Über den Antrag wird nicht abgestimmt. Die Lautstärke von Veranstaltungen unterliegt gesetzlichen Vorgaben.

3. In den Umkleidekabinen der Meerwasserschwimmhalle soll die Sicherheit erhöht werden, indem z.B. Türen verschließbar sind und die Trennwände erhöht werden.

Der Antrag wird mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürger Beelert stellt folgenden Antrag:

Die Informationsschilder des Rundlings sollen nachträglich mit Betonsockeln gesichert werden.

Der Werkleiter Herr Thon erklärt, dass er sich darum kümmern wird.

## **TO-Punkt 8:            Haushaltslage / Planungsvorhaben für den Haushalt 2011**

Frau Nickenig erläutert die Haushaltssituation:

Der 1. Nachtragshaushalt Sept. 2010 ist genehmigt.

Verwaltungshaushalt:

Einnahmen	5.947.400 €
Ausgaben	6.024.100 €
Defizit	76.700 €

Vermögenshaushalt:

Einnahmen	747.200 €
Ausgaben	747.200 €
Kreditaufnahme:	126.000 €
Stellenplan:	6,46 Stellen
Investitionen, ges.:	211.600 € (überwiegend kreditfinanziert)
Sporthalle	40.000 €
Straßen- und Wegebau	20.000 €
Straßenbeleuchtung	10.000 €
Planungskosten Hafenumfeld	60.000 €
FFW Drehleiter	52.000 €

Folgende Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung wurden getroffen Einnahmeerhöhung:

Grundsteuer A        von 300 auf 330 %

Grundsteuer B        von 325 auf 350 %

Gewerbsteuer        von 330 auf 350 %

Erhebung der Zweitwohnungssteuer

Ausgabensenkung:

Zuweisung und Zuschüsse an Vereine und Verbände um 10.000 € auf 226.600 € gesenkt (auf den Stand von 2008)

Der Schuldenstand im Gemeindehaushalt beträgt:

4.340.000 € (in Worten: viermillionendreihundertvierzigtausend Euro)

Die Prokopfverschuldung aus dem Schuldenhaushalt der Gemeinde beträgt:

850 € je Laboer Bürger

Planung für das Haushaltsjahr 2011:

Priorität 1:    bürgerliche Daseinsfürsorge

Dazu zählen: Straßensanierung

Sanierung Fuß- und Radwege

Straßenbeleuchtung

Sanierung gemeindeeigener Gebäude

Instandsetzung Spielplätze

Zukunftsfähigkeit: Toilette im Hafenvorfeld

Hafenumfeldgestaltung

Spielerlebniswelt

Frau Nickenig erklärt weiter, dass die Gemeinde versucht habe, über Förderanträge Gelder vom Land zur Sanierung von Straßen- und Strandschäden zu erhalten. Die in Aussicht ge-

stellte Förderung von 75 % verminderte sich jedoch tatsächlich auf 25 %. Durch die Kürzung konnte die Gemeinde die Eigenfinanzierung zur Beseitigung der Winterschäden (168.000,- € allein für die Straßen) nicht leisten.

Frau Nickenig erläutert die Frage eines Bürgers, warum die Gemeinde mehr als 200.000,- € Niederschlagswassergebühren an den Abwasserzweckverband nachzahlen muss.

Ein Mitglied der FF-Laboe beschwert sich darüber, dass das Amt Probstei automatisch 250,- € für die Kleiderkammer in Schönberg vom Feuerwehrhaushalt abgebucht habe. Frau Nickenig will die Sache prüfen und bietet der FF-Laboe ein Gespräch an.

Auf die Frage nach der Bürgerschaftszahlung für die Saunalandschaft erklärt Herr Thon, dass der Betrag im Nachtragshaushalt eingestellt ist. Über die Auszahlungsmodalitäten laufen noch Verhandlungen.

### **TO-Punkt 9:            Verschiedenes**

Frau Dorau schlägt vor, die Vereine sollten eine Benefizveranstaltung machen.

Frau Beelert bemängelt, dass im letzten Protokoll nicht erwähnt wurde, dass sie gesagt habe, die Polizei solle mehr Präsenz zeigen.

Herr Aßmann verweist auf die Hauptsatzung. Danach müsse die Niederschrift mindestens enthalten:

1. die Zeit und den Ort der Einwohnerversammlung,
2. die Zahl der teilnehmenden Einwohnerinnen und Einwohner,
3. die Angelegenheiten, die Gegenstand der Einwohnerversammlung waren,
4. den Inhalt der Anregungen und Vorschläge, über die abgestimmt wurde, und das Ergebnis der Abstimmung

Frau Beelert regt an, dass auch die Gleichstellungsbeauftragte und der Datenschutzbeauftragte des Amtes zur Einwohnerversammlung eingeladen werden.

Außerdem sollte in Laboe Aktuell aufgenommen werden, wer die Gleichstellungsbeauftragte und der Datenschutzbeauftragte sind.

Weiter schlägt Frau Beelert die Einführung eines Bürgeretats vor und merkt an, dass durchaus Potential vorhanden ist, die Beziehungen zwischen Gemeindevertretern und Bürgern zu verbessern. Abgestimmt wird hierüber nicht.

gesehen:

Karin Nickenig  
- Bürgermeisterin -

Manfred Aßmann  
- Protokollführer -

Sönke Körber  
- Amtsdirektor -